

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

1. VERTRAGSSCHLUSS UND GELTUNG DER ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

1.1 Zwischen dem Käufer und dem Verkäufer kommt erst dann eine verbindliche Vereinbarung zustande, wenn der Auftrag des Käufers vom Verkäufer schriftlich angenommen wurde oder die Waren zum Versand gebracht wurden, je nachdem, was früher stattfindet.

1.2 Diese Verkaufsbedingungen gelten ausschließlich gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen im Sinne von § 310 Absatz 1 BGB. Entgegenstehende oder von diesen Verkaufsbedingungen abweichende Bedingungen des Bestellers werden nur anerkannt, wenn der Verkäufer ausdrücklich schriftlich der Geltung zustimmt.

1.3. Diese Verkaufsbedingungen gelten auch für alle zukünftigen Geschäfte mit dem Käufer, soweit es sich um Rechtsgeschäfte verwandter Art handelt.

2. PREISE

2.1 Sofern keine anders lautenden schriftlichen Vereinbarungen vorliegen, werden die Waren zu dem Preis verkauft und in Rechnung gestellt, der zum Auftragsdatum aktuell ist. Kataloge, Preislisten und anderes Werbematerial werden ausschließlich zu Illustrationszwecken zur Verfügung gestellt.

2.2 Die Lieferung erfolgt grundsätzlich ab Werk. Auf Wunsch des Käufers erfolgt die Versendung zu dessen Lieferadresse. In diesem Fall enthalten die Preise die Standardzustellkosten. Der Verkäufer behält jedoch sich das Recht vor, zusätzliche Gebühren für Sonderzustellungen zu berechnen, was dem Käufer vor Versand mitgeteilt wird.

2.3 Die Preise verstehen sich rein netto, zzgl. MwSt. und etwaiger weiterer Steuern, Abgaben, Zöllen etc...

2.4. Sofern keine Festpreisabrede getroffen wurde, bleiben angemessene Preisänderungen wegen veränderter Lohn-, Material- und Vertriebskosten vorbehalten.

3. ZAHLUNG

3.1 Soweit mit dem Käufer nicht abweichend vereinbart ist die Zahlung der Rechnungen sofort fällig.

3.2. Der Käufer gerät in Verzug, wenn er nicht innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung oder gleichwertigen Zahlungsaufstellung leistet, spätestens jedoch 30 Tage nach Fälligkeit und Empfang der Gegenleistung.

3.3 Die Zahlung muss vollständig und zeitgerecht beim Verkäufer gutgeschrieben werden.

3.4 Dem Käufer steht das Recht zur Aufrechnung nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder unbestritten sind. Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts ist der Käufer nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

3.5 Falls der Käufer eine Zahlung tätigt, ohne anzugeben, für welche Waren die Zahlung erfolgt, darf der Verkäufer diese Zahlung auf offene Beträge anrechnen, die der Käufer schuldig ist.

3.6 Unbeschadet anderer Rechte des Verkäufers gilt Folgendes, falls der Käufer den geschuldeten Betrag nicht zum Fälligkeitsdatum zahlt:

3.6.1 Der Verkäufer ist berechtigt, jeden Vertrag mit dem Käufer zu stornieren und/oder die Lieferungen einzustellen;

3.6.2 Der Verkäufer behält sich das Recht vor, Fälligkeits- und Verzugszinsen nach den gesetzlichen Regelungen geltend zu machen

3.6.3 Die Gesamtsumme, die der Käufer bis zu diesem Zeitpunkt dem Verkäufer für alle Rechnungen schuldet, wird sofort fällig und zahlbar.

4. LIEFERUNG

4.1 Liefertermine – soweit nicht ausdrücklich zugesichert - sind unverbindlich und stehen unter dem Vorbehalt der rechtzeitigen, vollständigen und richtigen Selbstbelieferung, soweit die verspätete, mangelhafte oder unterbliebene Lieferung der Verkäufer, nicht zu vertreten hat. In diesem Fall wird eine Haftung des Verkäufers – auch für Verzugsschäden – ausgeschlossen.

4.2 Wird die Ware auf Wunsch des Käufers an diesen oder an eine von diesem angegebene Adresse versandt, so geht mit der Absendung an den Käufer bzw. die von diesem benannte Anschrift, spätestens mit Verlassen des Werks/Lagers die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung der Ware auf den Käufer über. Dies gilt unabhängig davon, ob die Versendung der Ware vom Erfüllungsort erfolgt oder wer die Frachtkosten trägt.

4.3. Der Beginn einer ggf. angegebenen Lieferzeit setzt die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen des Käufers voraus. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages bleibt vorbehalten.

4.4. Kommt der Käufer in Annahmeverzug oder verletzt er schuldhaft sonstige Mitwirkungspflichten, so ist der Verkäufer berechtigt, den insoweit entstehenden Schaden, einschließlich etwaiger Mehraufwendungen ersetzt zu verlangen. Weitergehende Ansprüche bleiben vorbehalten. Sofern vorstehende Voraussetzungen vorliegen, geht die Gefahr eines zufälligen Untergangs oder einer zufälligen Verschlechterung der Kaufsache in dem Zeitpunkt auf den Käufer über, in dem dieser in Annahme- oder Schuldnerverzug geraten ist.

4.5 Paletten, die zusammen mit den Waren an dem Käufer geliefert wurden, müssen in gutem Zustand erhalten und auf Anforderung so bald wie durchführbar an dem Verkäufer zurückgegeben werden. In jedem Fall müssen sie auf Anforderung des Verkäufers oder seiner Beauftragten zurückgegeben werden.

5. KONTROLLE UND REKLAMATIONEN

Der Käufer muss nach der Lieferung so bald wie zumutbar die Waren untersuchen und der Kundendienstabteilung des Verkäufers unverzüglich und auf jeden Fall schriftlich (per Fax, E-Mail oder Briefpost) Beanstandungen mitteilen. Gewährleistungsrechte des Käufers setzen voraus, dass dieser seinen nach § 377 HGB geschuldeten Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten ordnungsgemäß nachgekommen ist.

6. MUSTER UND BESCHREIBUNG

Die Waren entsprechen ihrer allgemeinen Beschreibung laut Lieferschein, aber der Verkäufer kann Zusammensetzung, Verpackung, Herstellungsprozesse und Ähnliches von Zeit zu Zeit ändern. Die Beschreibung auf der Verpackung der Waren, die vom Verkäufer geliefert werden, stellt keine Zusicherung oder Vereinbarung zwischen den Parteien dar.

7. GEWÄHRLEISTUNG UND MÄNGELRÜGE

7.1. Mängelansprüche verjähren in 12 Monaten nach erfolgter Ablieferung der vom Verkäufer gelieferten Ware. Dies gilt nicht, soweit das Gesetz zB. gemäß § 479 Absatz 1 BGB (Rückgriffsanspruch) längere Fristen zwingend vorschreibt.

7.2. Sollte trotz aller aufgewendeter Sorgfalt die gelieferte Ware einen Mangel aufweisen, der bereits zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag, so wird der Verkäufer die Ware, vorbehaltlich fristgerechter Mängelrüge nach seiner Wahl nachbessern oder Ersatzware liefern. Es ist dem Verkäufer stets Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu geben. Rückgriffsansprüche bleiben von vorstehender Regelung ohne Einschränkung unberührt.

7.3 Ansprüche des Käufers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil die vom Verkäufer gelieferte Ware nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Käufers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht ihrem bestimmungsgemäßen Gebrauch.

7.4. Rückgriffsansprüche des Käufers gegen den Verkäufer bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlich zwingenden Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat.

8. EIGENTUMSVORBEHALT

8.1. Der Verkäufer behält sich das Eigentum an der gelieferten Sache bis zur vollständigen Zahlung sämtlicher Forderungen aus dem Liefervertrag vor. Dies gilt auch für alle zukünftigen Lieferungen, auch wenn der Verkäufer sich nicht stets ausdrücklich hierauf beruft.

8.2. Der Käufer ist verpflichtet, solange das Eigentum noch nicht auf ihn übergegangen ist, die Kaufsache pfleglich zu behandeln. Solange das Eigentum noch nicht übergegangen ist, hat der Käufer den Verkäufer unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn der gelieferte Gegenstand gepfändet oder sonstigen Eingriffen Dritter ausgesetzt ist. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, dem Verkäufer die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einer Klage gemäß § 771 ZPO zu erstatten, haftet der Käufer hierfür.

8.3. Der Käufer ist zur Weiterveräußerung der Vorbehaltsware im normalen Geschäftsverkehr berechtigt. Die Forderungen des Käufers aus der Weiterveräußerung der Vorbehaltsware gegenüber seinen Kunden tritt der Käufer schon jetzt an den Verkäufer in Höhe des mit diesem vereinbarten Faktura-Endbetrages (einschließlich Mehrwertsteuer) ab, der diese Abtretung annimmt. Diese Abtretung gilt unabhängig davon, ob die Kaufsache ohne oder nach Verarbeitung weiterverkauft worden ist. Der Käufer bleibt zur Einziehung der Forderung auch nach der Abtretung ermächtigt. Die Befugnis des Verkäufers, die Forderung selbst einzuziehen, bleibt davon unberührt. Der Verkäufer wird jedoch die Forderung nicht einziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen aus den vereinnahmten Erlösen nachkommt, nicht in Zahlungsverzug ist und insbesondere kein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder Zahlungseinstellung vorliegt.

8.4. Der Verkäufer verpflichtet sich, die uns zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Käufers freizugeben, soweit ihr Wert die zu sichernden Forderungen um mehr als 20 % übersteigt.

9. HANDELSMARKEN, PATENTE UND URHEBERRECHTE

9.1 Der Käufer erkennt das Eigentum und den Rechtstitel des Verkäufers an allen Handelsmarken, Dienstleistungsmarken, Handelsnamen, Patenten, Urheberrechten und anderen Immaterialgüterrechten bezüglich der Waren an.

9.2 Der Käufer trifft keinerlei Maßnahmen, um eine solche Marke, einen Handelsnamen oder einen Urheberrechtsvermerk zu übertreten, unleserlich zu machen, zu entfernen, zu ändern, zu kaschieren oder zu missbrauchen.

9.3 Der Käufer unterrichtet den Verkäufer unverzüglich, wenn er über eine Verletzung solcher Immaterialgüterrechte durch Dritte Kenntnis erhält und muss dem Verkäufer seine angemessene Unterstützung in Zusammenhang mit daraus entstehenden Verfahren zuteil werden lassen.

10. HÖHERE GEWALT

Der Verkäufer haftet keinesfalls gegenüber dem Käufer, falls der Verkäufer daran gehindert wird, seine Verpflichtungen im Rahmen dieser Bedingungen ganz oder teilweise aufgrund eines Ereignisses der Höheren Gewalt zu erfüllen, wobei dieser Begriff Folgendes beinhaltet: Naturereignisse, Brände, Überflutungen, Stürme, Stromausfälle, Kürzung der Energieversorgung, mechanische Ausfälle, Fehlen oder Knappheit von Materialien oder Lagerbestände oder andere Umstände, die außerhalb der zumutbaren Kontrolle des Verkäufers liegen und; Streiks, Aussperrungen oder Arbeitskonflikte bezüglich des Verkäufers oder einer anderen Partei oder einer Maßnahme, die vom Verkäufer in Zusammenhang damit unternommen wurde oder als Folge oder Förderung davon entsteht.

11. VERZICHTSKLAUSEL

Ein Verzicht des Verkäufers bei einem Verstoß gegen die Pflichten des Käufers im Rahmen dieser Bedingungen hat keinen Verzicht auf weitere oder künftige Rechte des Verkäufers zur Folge

12. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

12.1. Diese allgemeinen Geschäftsbedingungen und der zugrundeliegende Vertrag (Auftrag) unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG)

12.2. Erfüllungsort für beide Seiten und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis ist Düsseldorf sofern der Verkäufer Kaufmann oder juristische Person des öffentlichen Rechts ist

12.3. Alle Vereinbarungen, die zwischen den Parteien zwecks Ausführung dieses Vertrages getroffen werden, sind schriftlich niedergelegt. Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf diese Schriftformklauseln.

12.4 .Sämtliche Willenserklärungen des Käufers (insbesondere Mängelrügen, Kündigungen etc) sind von diesem in Schriftform abzugeben)

12.5 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder eine Lücke enthalten, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Regelung eine solche gesetzlich zulässige Regelung zu treffen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Regelung am nächsten kommt, bzw. diese Lücke ausfüllt.

Pflichtinformationen gem. Art. 12 - DSGVO

Verantwortlicher

Hakle GmbH

Herr Volker Jung
Bonner Str. 201
40589 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211 9966-165
Email: volker.jung@hakle.de

Datenschutzbeauftragter

Hakle GmbH

Datenschutzbeauftragter
Bonner Str. 201
40589 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211 9966-153
Email: datenschutz@hakle.de

Woher beziehen wir Ihre personenbezogenen Daten?

Eine Erhebung Ihrer Daten erfolgt grundsätzlich nur über Daten, die Sie uns selber überlassen haben. Die uns von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten sind zur Erfüllung vertraglicher Pflichten, die sich aus dem mit uns geschlossenen Vertrag ergeben, notwendig. Aufgrund Ihrer Mitwirkungspflichten ist es unumgänglich, die von uns angeforderten personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen, da wir ansonsten unseren vertraglichen Pflichten nicht nachkommen können. Buchhalterische und/oder steuerliche Nachteile für Sie können sonst nicht mehr ausgeschlossen werden.

Im Rahmen vorvertraglicher Maßnahmen (z. B. Stammdatenerfassung im Interessenprozess) ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten notwendig. Sollten die angeforderten Daten nicht von Ihnen bereitgestellt werden, kann ein Vertrag nicht abgeschlossen werden.

Zur Erbringung unserer Dienstleistungen kann es erforderlich sein personenbezogene Daten zu verarbeiten, die wir von anderen Unternehmen oder sonstigen Dritten, z. B. Finanzämtern, Ihren Geschäftspartnern o. ä. zulässigerweise und zu dem jeweiligen Zweck erhalten haben.

Weiterhin verarbeiten wir ggf. personenbezogene Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen wie z. B. Internetauftritten, die wir zulässigerweise und nur zu dem jeweiligen Vertragszweck nutzen.

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten werden im Einklang mit den Bestimmungen der europäischen Datenschutzverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verarbeitet:

- **Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten** (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. b – DSGVO)
Die Zwecke der Datenverarbeitung ergeben sich zum einen aus der Einleitung vorvertraglicher Maßnahmen, die einer vertraglich geregelten Geschäftsbeziehung vorausgehen und zum anderen zur Erfüllung der Pflichten aus dem mit Ihnen geschlossenen Vertrag.
- **Auf Grund gesetzlicher Vorgaben** (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. c – DSGVO) **oder im öffentlichen Interesse** (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. e – DSGVO)
Die Zwecke der Datenverarbeitung ergeben sich aus gesetzlichen Vorgaben oder liegen im öffentlichen Interesse (z. B. Einhaltung von Aufbewahrungspflichten, Nachweis der Einhaltung von Hinweis- und Informationspflichten).
- **Im Rahmen der Interessenabwägung** (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. f – DSGVO)
Die Zwecke der Verarbeitung ergeben sich aus der Wahrung unserer berechtigten Interessen. Es kann erforderlich sein, die von Ihnen überlassenen Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zu verarbeiten. Unser berechtigtes Interesse kann nur zur Begründung der weiteren Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten herangezogen werden, sofern Ihre Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten nicht überwiegen. Unser berechtigtes Interesse kann im Einzelfall sein: Geltendmachung rechtlicher Ansprüche, Abwehr von Haftungsansprüchen, Verhinderung von Straftaten.
- **Auf Grund einer Einwilligung** (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. a – DSGVO)
Die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten ergeben sich aus der Erteilung einer Einwilligung. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit von Ihnen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Auch Einwilligungen, die vor der Geltung der DSGVO (25. Mai 2018) erteilt worden sind, können widerrufen werden. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, bleiben vom Widerruf unberührt. Z. B.: Zusendung eines Newsletters, Entbindung von der berufrechtlichen Verschwiegenheit zur Weitergabe der von Ihnen überlassenen Daten auf Ihren Wunsch hin an Dritte (z. B. Banken, Versicherungen, Anteilseigner etc.).

Wer erhält die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten?

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur diejenigen Bereiche Zugriff auf die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen und die zur Verarbeitung dieser Daten berechtigt sind.

In Erfüllung des mit Ihnen geschlossenen Vertrages erhalten ausschließlich diejenigen Stellen die von Ihnen überlassene Daten, die diese aus gesetzlichen Gründen benötigen, z. B. Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, zuständige Behörden und Gerichte.

Wir sind auf Vertraulichkeit gem. Art. 5 – DSGVO und Einhaltung des Betriebsgeheimnisses gem. § 53 BDSG verpflichtet. Weitere Empfänger erhalten die von Ihnen überlassene Daten nur auf Ihren Wunsch und wenn Sie uns zuvor von der beruflichen Verschwiegenheit schriftlich entbinden.

Im Rahmen unserer Leistungserbringung beauftragen wir Auftragsverarbeiter, die zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten beitragen, z. B. Rechenzentrumsdienstleister, EDV-Partner, Aktenvernichter etc. Diese Auftragsverarbeiter werden von uns vertraglich zur Einhaltung der berufsrechtlichen Verschwiegenheit sowie zur Einhaltung der Vorgaben der DSGVO und des BDSG (neu) verpflichtet.

Werden die von Ihnen überlassene Daten an Drittländer oder internationale Organisationen übermittelt?

Eine Übermittlung der von Ihnen überlassene Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt nicht. Sollten Sie dies im Einzelfall wünschen, führen wir dies nur nach Ihrer schriftlichen Genehmigung durch. Sollte es im Einzelfall erforderlich sein, die von Ihnen überlassene Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln, werden wir zuvor eine schriftliche Genehmigung unter Benennung des Zwecks und der Art der zu übermittelnden Daten von Ihnen anfordern.

Findet eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt?

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassene Daten kommt keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschl. Profiling) gem. Art. 22 – DSGVO zum Einsatz.

Dauer der Verarbeitung (Kriterien der Löschung)

Die Verarbeitung der von Ihnen überlassene Daten erfolgt so lange, wie sie zur Erreichung des vertraglich vereinbarten Zwecks notwendig ist, grundsätzlich so lange das Vertragsverhältnis mit Ihnen besteht. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses werden die von Ihnen überlassene Daten zur Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten oder auf Grund unserer berechtigten Interessen verarbeitet. Nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und/oder Wegfall unserer berechtigten Interessen werden die von Ihnen überlassene Daten gelöscht.

Voraussichtliche Fristen der uns treffenden Aufbewahrungspflichten und unserer berechtigten Interessen:

- Erfüllung handels-, steuer- und berufsrechtlicher Aufbewahrungsfristen. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt.

Auskunft über Ihre Rechte

- **Recht auf Auskunft** gem. Art. 15 - DSGVO:
Sie haben das Recht, auf Antrag unentgeltlich Auskunft zu erhalten, ob und welche Daten über Sie gespeichert werden und zu welchem Zweck die Speicherung erfolgt.
- **Recht auf Berichtigung** gem. Art. 16 - DSGVO:
Sie haben das Recht, vom Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung haben Sie auch das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten, auch mittels einer ergänzenden Erklärung, zu verlangen.
- **Recht auf Löschung** („Recht auf Vergessenwerden“) gem. Art. 17 - DSGVO:
Sie haben das Recht, vom Verantwortlichen zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:
 - a) Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen.
 - b) Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
 - c) Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
 - d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
 - e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
 - f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gem. Art. 8 Abs. 1 erhoben.

- **Recht auf Einschränkung** gem. Art. 18 – DSGVO und §35 BDSG:
 Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:
 - a) Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
 - b) Die Verarbeitung ist unrechtmäßig: Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
 - c) Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt: Die benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
 - d) Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 – DSGVO eingelegt. Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit** gem. Art. 20 - DSGVO:
 Sie haben das Recht, die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

- **Widerspruchsrecht** gem. Art. 21 – DSGVO:
 Hierzu wenden Sie sich bitte an den Datenschutzbeauftragten der Verarbeitung (S. O.).

- **Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde** gem. Art. 13 Abs. 2 Lit. d, Art. 77 - DSGVO i. V. m. §19 BDSG:
 Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie das Recht Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einzulegen. Hierzu wenden Sie sich bitte an die:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
 Postfach 20 04 44
 40102 Düsseldorf
 Tel.: 0211/38424-0
 Fax: 0211/38424-10
 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

- **Zurückziehen der Einwilligung** gem. Art. 7 Abs. 3 – DSGVO:
 Beruht die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. a oder Art. 9 Abs. 2 Lit. a (Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten), sind Sie jederzeit dazu berechtigt, die zweckmäßig gebundene Einwilligung zurückzuziehen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.